

# Öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Gröpelingen am 25.05.2016

## Protokoll

---

**Sitzungsort:** Nachbarschaftshaus Helene Kaisen  
Beim Ohlenhof , 28239 Bremen

XII/03/2016

**Beginn der Sitzung:** 19.00 Uhr

**Ende der Sitzung:** 21:30 Uhr

### **Es sind folgende Beiratsmitglieder anwesend:**

---

Herr Dieter Adam	Herr Rolf Heide	Herr Martin Reinekehr
Herr Pierre Doutiné	Frau Anne Hölting	Frau Gisela Roos
Frau Helga Ebbers	Herr Norbert Holzapfel	Herr Dieter Steinfeld
Herr Raimund Gaebelein	Herr Stefan Kliesch	Herr Muhammet Tokmak
Herr Mehmet Genç	Frau Kristina Michaela Kruse	Frau Barbara Wulff
Herr Hannes Grosch	Frau Ute Pesara-Krebs	

### **Als Gäste können begrüßt werden:**

Frau Dr. Heidemarie Rose	Senatorin für Soziales
Frau Tanja Meyer	Immobilien Bremen
Herr Michael Scheer	Gesellschaft für integrative Beschäftigung mbH

---

Die Vorsitzende begrüßt den Beirat und die interessierte Bevölkerung: Es kann nach folgender Tagesordnung verfahren werden:

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/02/16 vom 16.03.2016**

**TOP 1a: Präsentation einer Stadtteileinrichtung: die Gemüsewerft**

**TOP 2: Anträge, Anregungen und Wünsche aus dem Stadtteil**  
a) Jugendparlament b) aus der Bevölkerung c) aus dem Beirat

**TOP 3: Schutzmaßnahmen für den Schotterrasen der Straßenbahntrasse**  
dazu: Uwe Wagschal, Dirk von Schwarzen / BSAG (angefragt)

**TOP 4: Unterbringung von Jugendlichen in einer intensivpädagogischen Einrichtung in der ehemaligen JVA Blockland**  
dazu: Dr. Heidemarie Rose / Senatorin für Soziales,  
VertreterInnen von Immobilien Bremen

**TOP 5: Bericht des Beiratssprechers – Berichte aus dem Stadtteil**

**TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes**

---

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/02/16 vom 16.03.2016**

Das o.a. Protokoll wird einstimmig genehmigt.

**TOP1a: Präsentation einer Stadtteileinrichtung: die Gemüsewerft**

Einer Beiratstradition folgend, die zu Beginn der Sitzung die Präsentation einer Institution aus dem Stadtteil vorsieht, stellt Herr Scheer, Geschäftsführer der Gesellschaft für integrative Beschäftigung, das Projekt „Gemüsewerft“ vor. Im Wege des „urban gardening“ bietet der Beschäftigungsträger Menschen mit Behinderung und Akzeptanzschwächen am ersten Arbeitsmarkt ein persönliches Betätigungsfeld in der Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Stadtteil.

Da das Projekt auf Gemeinnützigkeit basiert, arbeitet der Betrieb, der u.a. das Café Brand beliefert, beim Vertrieb seiner landwirtschaftlichen Produkte meistens kostendeckend.

Neben der niedrighschwelligem Beschäftigung wird das Anliegen der positiven ökologischen Bilanz aufgrund der kurzen Absatzwege hervorgehoben.

## **TOP 2: Anträge, Anregungen und Wünsche aus dem Stadtteil**

### a) Jugendparlament:

Die anwesenden VertreterInnen des Jugendparlaments werden auf der nächsten Beiratssitzung berichtenswerte Entwicklungen (u.a. Vorbereitungen für die gemeinsame Studienfahrt nach Brüssel, Mitgliederentwicklung und geplante Aktivitäten für die 2. Jahreshälfte) bekanntgeben.

### b) aus der Bevölkerung:

- Bürgerinnen und Bürger kritisieren scharf die kürzlich ausgestrahlte Wochenserie zum Thema „Armut in Gröpelingen“ der Nachrichtensendung „buten un binnen“. Es wird angemerkt, dass ein besonders abtrüglisches Bild vom Stadtteil vermittelt wurde, ohne Lösungswege aus den im Beitrag benannten Missständen aufzuzeigen. Der Beiratssprecher und die Vorsitzende weisen darauf hin, dass die OAL zwischenzeitlich auf die einseitig negative Berichterstattung mit einem Brief gegenüber der „buten-un-binnen“-Redaktion reagiert hat. Es soll in dieser Sache demnächst ein klärendes Gespräch zwischen Ortsamtsleitung und den Urhebern geben.
- Eine Anregung aus der Bevölkerung richtet sich auf den Zustand der Pflasterung rund um das Denkmal „Zur Schicht“ an der sog. Grünen Dockstraße. Dem Wunsch nach einer behindertengerechten Querungsmöglichkeit wird mit dem Hinweis begegnet, dass eine Neugestaltung des Areals durch das Umweltressort in Planung sei. Diese schließt eine neue Wegedecke ausdrücklich ein und trägt den Belangen von RollstuhlfahrerInnen und BenutzerInnen von Gehhilfen Rechnung.
- Es wird moniert, dass die Wegeverbindung zwischen dem Schwarzen Weg und dem SVGO nach Eintritt von Starkregenereignissen oftmals überschwemmt sei. Aus der Vergangenheit sind bereits Probleme mit der wassergebundenen Decke des Weges bekannt. UBB wird in dieser Angelegenheit angesprochen, um sich dessen anzunehmen.
- Ein weiterer Antrag der Bevölkerung richtet sich auf die Beseitigung von Müllablagerungen entlang des Grünstreifens zwischen Radweg und Straßenraum an der Heerstraße, Höhe Ohlenhof bis Schwarzer Weg. Der Hinweis wird an die „Leistelle Saubere Stadt“ weitergeleitet.
- Ein Bürger wendet sich gegen die Abholung von Müll durch die ENO an Montagen. Die Entsorgung zum Wochenanfang bringt nach übereinstimmender Auffassung mit sich, dass sich der Müll über das gesamte Wochenende an den Abholorten (insbesondere an der Heerstraße) sammelt. Die Müllsäcke reißen teilweise auf und der Inhalt verteilt sich über den Straßenraum. Unter Hinweis, dass dieses Vorgehen bereits in der Vergangenheit den Beirat beschäftigt hat, wird zugesichert, die ENO zu kontaktieren, um einen alternativen Abholtermin, anzuregen.
- Es wird der Wunsch geäußert, den zugewachsenen und durch Müll verunreinigten Stichweg, der stadtauswärts unmittelbar hinter dem Bahntunnel an der Ritterhuder Heerstraße links in Richtung Burglesum abzweigt, in der Weise verkehrsgerecht herzustellen, dass er durch RadfahrerInnen und FußgängerInnen benutzt werden kann. Es soll in dieser Angelegenheit mit der DB Kontakt aufgenommen werden, in deren Eigentum sich das Gelände befindet.
- Einige BürgerInnen regen an, den Oslebshauer Tunnel „lichter und freundlicher“ zu gestalten. Derzeit bietet er sich für Passanten in den Abend- und Nachtstunden als

„Angstraum“ dar. Die Unternehmerinitiative wird in der Angelegenheit dahingehend angesprochen.

c) aus dem Beirat:

- Antrag der SPD-Fraktion; Straßenbenennung „Bürgermeister-Koschnick-Platz“ (Anlage 1): einstimmige Beschlussfassung. Die Einverständniserklärung für die Benennung der Angehörigen soll über die Senatskanzlei erwirkt werden.
- Antrag der Fraktion Die Grünen; „Königsberger Straße 92 – Aufforderung zum Handeln“ (Anlage 2): einstimmige Beschlussfassung.
- Antrag der Fraktion Die Grünen; „Auskunftsbegehren über staatlichen Immobilienbesitz“ (Anlage 3).
- Antrag der Fraktion Die Linke; „Vorschlag für die Auszeichnung des 'Wilden Westens' mit dem Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße“ mit dem Hilde-Adolf-Preis“ (Anlage 4): mehrheitliche Ablehnung (7 pro, 9 contra). Die Linksfraktion behält sich vor, den im Antragsentwurf dargebrachten Vorschlag namens der Fraktion direkt einzureichen.

**TOP 3: Schutzmaßnahmen für den Schotterrasen der Straßenbahntrasse**

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet der Sprecher des FA Bau. Hierbei wird auf die Ergebnisse der FA-Sitzung „Bau, Verkehr, Umwelt und Häfen“ v. 04.05.2016 verwiesen.

Der Beirat spricht sich für eine rasche Umsetzung der Maßnahme (Aufstellung von 20 Knickpollern auf der Höhe des Lidl-Marktes an der Gröpelinger Heerstraße, sowie die Aufarbeitung des Schotterrasens) durch die BSAG aus.

**TOP 4: Unterbringung von Jugendlichen in einer intensivpädagogischen Einrichtung in der ehemaligen JVA Blockland**

Frau Dr. Rose stellt das Gesamtprojekt vor, über das frühere Planungen aus dem Jahr 2015 in veränderter Form wieder aufgegriffen werden.

Da sich der Pavillon Am Fuchsberg seinerzeit als Standort für die intensivpädagogische Einrichtung als ungeeignet erwiesen hat, kommt nunmehr das Gelände des JVA-Gebäudes im Blockland ins Gespräch, dessen Inbetriebnahme für November 2017 geplant ist.

Der Rahmenplan für das Projekt ist inzwischen in seiner Entwicklung weit fortgeschritten, das pädagogische Fachkonzept hierzu wird in enger Abstimmung mit der Justizbehörde entwickelt. Dabei geht es darum, straffällig gewordene Jugendliche – hier vorrangig aus dem nordafrikanischen Magreb – in einer fakultativ geschlossenen Einrichtung zu betreuen, gleichzeitig aber auch dem Schutzaspekt der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Das Gesamtkonzept sieht regulär 24 Stammplätze und ergänzend 8 Plätze für Notfallunterbringungen vor, die hälftig mit Jugendlichen aus Bremen und Hamburg belegt werden sollen. Beide Hansestädte beteiligen sich angemessen an der Gesamtfinanzierung.

Den Bedenken der Anwohner wird insoweit Rechnung getragen, als in angemessenem Vorlauf zur Realisierungsphase das Fachressort den Dialog mit den BürgerInnen sucht. Eine öffentliche Anhörung zu der Maßnahme ist für Ende Oktober/Anfang November angedacht.

**TOP 5: Bericht des Beiratssprechers – Berichte aus dem Stadtteil**

Der Beiratssprecher berichtet von einer Einladung an 750 ehrenamtlich tätige KommunalpolitikerInnen beim Bundespräsidenten, zu dem auch die BeiratssprecherInnen aus Bremen eingeladen wurden. In seiner Ansprache, die ganz im Zeichen des Ehrenamtes stand, brachte der Bundespräsident seine Wertschätzung für das freiwillige Engagement zugunsten der Gesellschaft zum Ausdruck.

**TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes**  
Es liegen keine Mitteilungen vor.

Vorsitz:

Beiratssprecher:

Protokoll:

---

Ulrike Pala

---

Dieter Adam

---

Ingo Wilhelms